

Rohstoffpartnerschaften und was ihnen (noch) fehlt

Herausforderungen für eine Kooperation auf Augenhöhe

Die Sicherung der Rohstoffversorgung für Deutschland und Europa wird nun schon seit mehreren Jahren intensiv wirtschaftspolitisch diskutiert und rückt derzeit wieder verstärkt in den Fokus.¹ Insbesondere die Energie- und Mobilitätswende basieren auf dem geplanten Ausbau von Technologien, die im Hinblick auf bestimmte Metalle und Minerale sehr materialintensiv sind. Rohstoffe wie Lithium, Kobalt, Seltene Erden oder auch Kupfer sind zentrale Bestandteile von Batterien, Windkraftanlagen, Solaranlagen und modernen Speicherlösungen und gelten als essenziell zum Erreichen der Klimaziele. Die aktuell hohe Nachfrage führt zu einem verschärften Wettbewerb auf dem Weltmarkt um sogenannte kritische Rohstoffe, die auch für die europäische Wirtschaft und Industrie von zentraler Bedeutung sind. Hinzu kommen geopolitische Spannungen, die den globalen Konkurrenzdruck um bestimmte mineralische Rohstoffe auf dem Weltmarkt weiter erhöhen. Die Abhängigkeit von Importen sowie ein unzureichend diversifiziertes Spektrum an Handelspartnern verstärken die Unsicherheiten hinsichtlich der Versorgungssicherheit zusätzlich.²

Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, sind sowohl Deutschland als auch die EU bestrebt, ihre Bezugsquellen insbesondere für kritische Rohstoffe stärker zu diversifizieren – nicht zuletzt um die in einigen Bereichen besorgnisregende Abhängigkeit von China zu reduzieren. China dominiert nicht nur den Markt für erschwingliche Elektroautos, sondern verfügt beispielsweise auch nahezu über ein Monopol beim Export Seltener Erden, die unter anderem eine bedeutende Rolle beim Ausbau von Windkraft und Photovoltaik spielen. Zudem wurden 2024 rund 70 % der weltweit genutzten Batterien in China produziert.³

Vor diesem Hintergrund planen Deutschland und die EU, neue Rohstoffquellen zu erschließen und bestehende Handelsbeziehungen mit alternativen Partnern auszubauen. Hierfür steht ein handelspolitisches Instrumentarium zur Verfügung, zu dem auch die sogenannten „Rohstoffpartnerschaften“ gehören, die sowohl auf deutscher als auch auf europäischer Ebene geschlossen werden. Diese Partnerschaften sollen dazu beitragen, die Handelsbeziehungen mit rohstoffreichen Ländern zu vertiefen und dadurch die Versorgungssicherheit zu erhöhen. Im Gegenzug wurde den Partnerländern Unterstützung etwa beim Ausbau der Wertschöpfung zugesichert sowie verstärkte Investitionen aus Deutschland und der EU in den entsprechenden Sektoren in Aussicht gestellt. Derzeit bestehen drei solcher Partnerschaften auf deutscher Ebene⁴ sowie 14 Partnerschaften der EU mit Drittländern in Form von Memoranda of Understanding (MoUs)⁵. Sie haben alle gemeinsam, dass sie die Erwartungen bis jetzt höchstens teilweise erfüllt haben.

¹ BMWE, 2025, [Gemeinsam für Resilienz: Bündnis Zukunft der Industrie legt gemeinsames Positionspapier zur Sicherung kritischer Rohstoffe vor](#) (letzter Aufruf: 06.12.2025).

² Müller, M., 2025, [Die Geopolitik globaler Lieferketten](#), S. 8 (letzter Aufruf: 06.12.2025).

³ Hiller, S., 2025, [Trotz Milliardenmarkt für EV-Batterien droht Europa den Anschluss zu verlieren](#) (letzter Aufruf: 06.12.2025); Spiegel, 2025, [China bremst Export Seltener-Erde-Magnete](#) (letzter Aufruf: 06.12.2025).

⁴ Korn, F., Gohla, V., Dünhaupt, P., (FES), 2024, [Rohstoffpartnerschaften Spannungsfeld zwischen Menschenrechten, Transformation und wirtschaftlicher Souveränität](#) S. 8 (letzter Aufruf: 06.12.2025).

⁵ Kuhn, B., 2025, [Strategische Rohstoffe in der EU: Was bringen die Partnerschaften mit Drittländern?](#) (letzter Aufruf 06.12.2025); Schulze, M., 2025, [Die strategische Rohstoffpartnerschaft zwischen der EU und Sambia](#) S. 2 (letzter Aufruf: 06.12.2025).

1 Rohstoffpolitische Einordnung: Wozu Partnerschaften und mit welchen Ergebnissen?

Die deutschen Rohstoffpartnerschaften entstanden im Kontext der deutschen Rohstoffstrategie im Jahr 2010, das erste Partnerland wurde 2011 die Mongolei. In den folgenden Jahren wurden weitere Partnerschaften mit Kasachstan und Peru sowie eine Absichtserklärung mit Chile vereinbart.⁶

Das Hauptziel der Partnerschaften war und ist die Sicherung des Zugangs der deutschen Industrie zu kritischen Rohstoffen durch den Abbau von Handelshemmnissen und die Verbesserung der Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen. Höhere Investitionssummen und neue Projekte sollen gleichzeitig den Partnerländern zugutekommen.⁷ Darüber hinaus sollen die Partnerländer beim Kapazitätsaufbau, beim Wissenstransfer und bei der Technologieentwicklung unterstützt werden, um gemeinsame Vorteile zu erzielen und nachhaltige Entwicklung vor Ort zu fördern.⁸

Anfänglich erhielt das neue rohstoffpolitische Instrument viel Aufmerksamkeit. Bereits 2016 wurde im Rahmen einer umfangreicheren Studie die Wirksamkeit der Partnerschaften⁹ analysiert. Diese kam zu dem Ergebnis, dass das Instrument nur bedingt wirke und deutliche Nachbesserungen nötig seien – insbesondere aufgrund des Fehlens konkreter Zusagen, etwa im Hinblick auf Investitionen.¹⁰ Ein zentrales Defizit der bisherigen Abkommen ist zudem das Fehlen verbindlicher Maßnahmen zur Prävention von Umweltschäden oder zum Schutz der Rechte indigener Bevölkerung, die in einigen Partnerländern stark von den negativen Folgen des Bergbaus betroffen ist und als besonders vulnerabel gilt, wie beispielsweise in Peru. Die Verantwortung investierender Unternehmen, bestimmte Umwelt- und Sozialstandards einzuhalten, wird bislang weitgehend auf freiwilliger Basis geregelt. Hinzu kommt, dass die Partnerländer oft nur über schwache Institutionen verfügen, sodass verbindliche Mittel zur Durchsetzung von Nachhaltigkeitsstandards notwendig wären.¹¹

Angesichts steigender Abhängigkeiten von einzelnen Rohstoffhandelspartnern in den kommenden Jahren, hat die EU das Instrument strategischer Rohstoffpartnerschaften erneut aufgegriffen. Insbesondere im Rahmen des seit 2024 geltenden Critical Raw Materials Act (CRMA), eines zentralen Instruments der EU, soll die Versorgungssicherheit mit kritischen Rohstoffen erhöht werden. Der CRMA setzt klare Ziele: Bis 2030 sollen höchstens 65 % eines strategischen Rohstoffs aus einem einzigen Drittland stammen. Zudem möchte die EU ihren eigenen Rohstoffabbau, die Verarbeitung und das Recycling ausbauen.¹² Strategische Rohstoffpartnerschaften gelten als ein Baustein zum Erreichen dieses Ziels. Gemäß Artikel 37 des CRMA dienen sie dazu, Risiken bei der Rohstoffversorgung zu streuen, Versorgungsengpässe zu vermeiden und die Zusammenarbeit mit rohstoffreichen Drittstaaten zu intensivieren. Als Gegenleistung sollen technologische

⁶ Korn, F., Gohla, V., Dünhaupt, P., (FES), 2024, [Rohstoffpartnerschaften Spannungsfeld zwischen Menschenrechten, Transformation und wirtschaftlicher Souveränität](#) S. 7 (letzter Aufruf: 06.12.2025).

⁷ BMWI, 2010, [Rohstoffstrategie der Bundesregierung](#), S.24 (letzter Aufruf: 06.12.2025).

⁸ Adelphi, 2016, [Die deutschen Rohstoffpartnerschaften - Analyse der Umsetzung und Ausblick](#), S. 11 (letzter Aufruf 06.12.2025); Deutscher Bundestag Drucksache 18/9427 (letzter Aufruf: 06.12.2025).

⁹ Dahlmann, A., Mildner, S.-A., (KAS), 2013, [Deutschlands Rohstoffpartnerschaften: Modell mit Zukunftscharakter?](#) (letzter Aufruf: 06.12.2025).

¹⁰ Adelphi, 2016, [Die deutschen Rohstoffpartnerschaften - Analyse der Umsetzung und Ausblick](#) (letzter Aufruf: 06.12.2025).

¹¹ Urrutia, I., 2014, [Deutsch-Peruanisches Rohstoffabkommen II: Risiken und Nebenwirkungen](#) (letzter Aufruf: 06.12.2025).

¹² Cavazzini, A., (HBS), 2023, [Der Critical Raw Materials Act: Eine Alternative zu globalen Abhängigkeiten?](#) (letzter Aufruf: 06.12.2025).

Zusammenarbeit, ökonomische Entwicklung und Förderung von Nachhaltigkeit in den Partnerländern angeboten werden.¹³

Auf deutscher Ebene wurde das Thema 2023 erneut aufgegriffen: Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) formulierte in dem Eckpunktepapier „Wege zu einer nachhaltigen und resilienten Rohstoffversorgung“ das Ziel, bilaterale und multilaterale Partnerschaften zur Sicherung von Rohstoffen abzuschließen. Insbesondere mit Ländern, die von der Bundesregierung als „Wertepartner“ anerkannt sind, soll die Zusammenarbeit intensiviert werden. Langfristige Anreize sollen etwa durch die Förderung lokaler Wertschöpfung und die Stärkung industrieller Kapazitäten in den rohstoffexportierenden Partnerländern geschaffen werden.¹⁴ Konkrete Hinweise zur Ausgestaltung dieser Anreize fehlten jedoch, wodurch die zuvor kritisierte Unverbindlichkeit der Zusagen weiterhin bestehen blieb. Seitdem hat Deutschland keine neuen Partnerschaften geschlossen. Noch im selben Jahr gab die Bundesregierung als Antwort auf eine kleine Bundestagsanfrage an, das Modell der Rohstoffpartnerschaften nicht ausweiten zu wollen.¹⁵

Die neue Bundesregierung verfolgt hier offenbar einen anderen Ansatz. Im Koalitionsvertrag 2025 hat sie festgeschrieben: „Unser Ziel ist, [...], Rohstoffimporte zu diversifizieren und Handels- und Rohstoffpartnerschaften auf Augenhöhe abzuschließen.“¹⁶ Dies unterstreicht, dass die Sorge um Versorgungssicherheit und resiliente Lieferketten nach wie vor groß ist bzw. weiterhin zunimmt – und damit auch der Bedarf an wirk samen rohstoffpolitischen Instrumenten. Es deutet vieles darauf hin, dass in diesem Zusammenhang auch die Rohstoffpartnerschaften wieder stärker in den Fokus rücken sollen. Jedoch stellt sich die Frage, ob die Fehler der Vergangenheit künftig vermieden werden können.

2 Partnerschaften auf Augenhöhe – ein erreichbares Ziel?

Trotz anfänglichem Interesse deutscher Unternehmen konnten die bisherigen Partnerschaften weder auf deutscher noch auf europäischer Ebene die Erwartungen erfüllen. Deutsche und europäische Unternehmen betrachteten viele Projekte als unattraktiv, da Risiken hoch, Finanzierungsmöglichkeiten unzureichend und Rechtssicherheit begrenzt waren. Zudem enthielten die Abkommen und MoUs zumeist nur allgemeine Absichtserklärungen statt konkreter Zielvorgaben. Sie beschränkten sich auf unverbindliche Aussagen zur Förderung von Investitionen, ohne konkrete Summen oder Projekte zu benennen, sodass die erhofften Investments in den Partnerländern letztlich ausblieben.

Da wirtschaftliche Interessen und konkrete Versorgungsziele klar im Vordergrund der Abkommen stehen, konnten Nachhaltigkeitsziele kaum verfolgt werden. Dafür wäre eine klare Formulierung der Ziele sowie eine engere Verzahnung mit entwicklungspolitischen Maßnahmen erforderlich gewesen. Zudem fehlte bislang eine belastbare Unterstützungszusage beim Aufbau lokaler Wertschöpfung.¹⁷

Im Oktober 2025 stellte das BMZ den Aktionsplan „Starke Partnerschaften für eine erfolgreiche Wirtschaft weltweit“ vor, in dem die Zusammenarbeit mit der deutschen Industrie zu einem strategischen Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) erklärt wird. Dies könnte insbesondere in der Zusammenarbeit mit rohstoffreichen Ländern die Prioritäten der EZ verschieben.

¹³ Kuhn, B., 2025, [Strategische Rohstoffe in der EU: Was bringen die Partnerschaften mit Drittländern?](#) (letzter Aufruf: 06.12.2025).

¹⁴ BMWK, 2023, [Eckpunktepapier des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz \(BMWK\): Wege zu einer nachhaltigen und resilienten Rohstoffversorgung](#), S.9 (letzter Aufruf: 06.12.2025).

¹⁵ Deutscher Bundestag, 2023, [Drucksache 20/9096](#), S. 14 (letzter Aufruf: 06.12.2025).

¹⁶ Bundesregierung, 2025, [Verantwortung für Deutschland Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD](#), S. 10 (letzter Aufruf: 06.12.2025).

¹⁷ Carry, I., 2025, [Rohstoffpartner Chile: Mehr als nur ein Lieferant](#) (letzter Aufruf 06.12.2025); Troester, B., Papatheophilou, S., Kueblboeck, K., 2025, [Kritische Rohstoffe für die EU Rohstoffpartnerschaften auf dem Prüfstand](#) (letzter Aufruf: 06.12.2025).

Interessen von Wirtschaftsverbänden und Unternehmen sollen also auch bei EZ-Maßnahmen stärker berücksichtigt und Wirtschaftsakteure vermehrt in entwicklungspolitische Vorhaben eingebunden werden. Die Rohstoffsicherung für die deutsche Wirtschaft ist dabei ein wichtiger Faktor. Zwar betrifft dies nicht ausschließlich den Rohstoffsektor, die Versorgung mit Rohstoffen wird jedoch ausdrücklich thematisiert. Geprüft werden soll unter anderem, wie privatwirtschaftliche Investitionen in Rohstofflieferketten in Afrika, Lateinamerika und Asien flankiert werden können, um „Risiken zu reduzieren und lokale Wertschöpfung zu fördern“. Ziel ist es, sozial und ökologisch nachhaltige Lieferketten zu schaffen und einen „Win-Win-Ansatz zu verfolgen, der sowohl die Interessen der Partnerländer als auch die deutschen Interessen berücksichtigt.“¹⁸ Vor dem Hintergrund der bisher geäußerten Kritikpunkte an der Ausgestaltung der Rohstoffpartnerschaften erscheint dieser Ansatz zunächst sinnvoll. Damit Partnerschaften auf Augenhöhe entstehen, von denen die Bevölkerung tatsächlich profitiert, muss lokale Wertschöpfung stärker berücksichtigt werden. Dies ist insbesondere wichtig, da in rohstoffreichen Partnerländern des Globalen Südens häufig ein einseitig rohstoffabhängiges Entwicklungsmodell besteht, das vor allem auf den Export von Primärrohstoffen ausgerichtet ist und kaum Infrastruktur bereitstellt, auf deren Basis ein gezielter Ausbau lokaler Wertschöpfung ohne weitere Maßnahmen möglich wäre. Zukünftige Partnerschaften müssen daher konkrete Unterstützung beim Aufbau entsprechender Infrastruktur bieten.

Ebenso entscheidend für eine Partnerschaft auf Augenhöhe ist, dass Sozial- und Nachhaltigkeitsstandards verbindlich festgelegt und eingehalten werden.¹⁹ Der risikoreiche Bergbausektor ist besonders anfällig für Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen. Im Partnerland Peru beispielsweise kommt es regelmäßig zu Umweltschäden durch Bergbauabfälle, zur Vertreibung indigener Bevölkerung und zu Angriffen auf Menschenrechtsverteidiger:innen. Ein Ausbau des Bergbaus ohne begleitende Maßnahmen zum Schutz von Umwelt und Menschenrechten droht bestehende Probleme zu verschärfen und die Ungleichheit für die lokale Bevölkerung zu verstärken.²⁰ Um dies zu vermeiden, bedarf es verbindlicher Zusagen zum Wissens- und Technologietransfer, um Fachpersonal vor Ort auszubilden und umweltfreundlichere Technologien einzusetzen. Gleichzeitig muss die Zivilgesellschaft in die konkrete Umsetzung eingebunden und die Partizipation der (Lokal-)Bevölkerung gestärkt werden. Die Maßnahmen müssen so gestaltet sein, dass sie tatsächlich der Bevölkerung vor Ort zugutekommen – was eine entsprechende Begleitung voraussetzt – und nicht ausschließlich durch Wirtschaftsakteure umgesetzt werden. Angesichts der jüngsten Ankündigungen einer engeren Verzahnung deutscher Wirtschaftsinteressen mit entwicklungspolitischen Instrumenten besteht allerdings die Sorge, dass wirtschaftliche Ziele bei der Projektentwicklung Vorrang erhalten könnten, während entwicklungspolitische Ziele nur nachrangig berücksichtigt werden.²¹

¹⁸ BMZ, 2025, [Starke Partnerschaften für eine erfolgreiche Wirtschaft weltweit](#), S. 3 (letzter Aufruf: 06.12.2025).

¹⁹ Lobacheva, M., Sedova, T., 2024, [The Kazakhstan–EU partnership on Critical Raw Materials](#) (letzter Aufruf: 19.12.2025).

²⁰ Powershift, 2025, [Erz gesucht Amazonas verloren warum Klimapolitik und Rohstoffwende zusammenhängen](#), S. 3 (letzter Aufruf: 06.12.2025).

²¹ BMZ, 2025, Aktionsplan [Starke Partnerschaften für eine erfolgreiche Wirtschaft weltweit](#), S. 3 (letzter Aufruf: 10.12.2025); Stier (Brot für die Welt), 2025, [BMZ-Aktionsplan – Wirtschaftsinteressen im Fokus](#), (letzter Aufruf: 10.12.2025).

3 Ausblick und Empfehlungen

Obwohl strategische Rohstoffpartnerschaften seit über einem Jahrzehnt als Instrument eingesetzt werden, haben sie die Erwartungen bislang kaum erfüllt. Um das Ziel von Partnerschaften „auf Augenhöhe“ zu erreichen, ist eine einseitige Fokussierung auf die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und der EU zu kurz gegriffen. Vielmehr müssen den Partnerländern verbindliche Angebote gemacht werden, die die Bedürfnisse der Bevölkerung vor Ort berücksichtigen. Dazu zählen

- die systematische Förderung von Konzepten zur lokalen Wertschöpfung und zum Ausbau der Infrastruktur in den Partnerländern, damit die Bevölkerung vor Ort langfristig profitiert;
- die Festlegung verbindlicher und messbarer Ziele in Partnerschaften zur nachhaltigen Entwicklung sowie zur Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards;
- die Stärkung partizipativer Prozesse durch die Einbindung der Zivilgesellschaft aus den Partnerländern in die Ausgestaltung von Projekten;
- die Einführung verbindlicher und wirksamer Programme zum Wissenstransfer und zur Technologieförderung, um qualifizierte Fachkräfte und umweltfreundliche Technologien zu unterstützen;
- die Ausstattung von Partnerschaften mit klaren Kontroll- und Evaluationsmechanismen, um Transparenz und Nachverfolgbarkeit sicherzustellen.

Um der Dominanz Chinas im Rohstoffsektor entgegenwirken zu können, müssen den Partnerländern Angebote unterbreitet werden, die über die reine Aussicht auf höhere Investitionen im Bergbausktor hinausgehen. Ein zentraler Baustein für echte Rohstoffpartnerschaften ist die Schaffung lokaler Wertschöpfungsmöglichkeiten, von der die Bevölkerung vor Ort tatsächlich profitiert, während gleichzeitig strenge Umweltstandards etabliert und eingehalten werden. Damit die Bundesregierung und die EU ihrem Anspruch „auf Augenhöhe“ bei Rohstoffpartnerschaften gerecht werden, sollten bestehende Partnerschaften nachgebessert und zukünftige von Anfang an entsprechend ausgestaltet werden.

Autorin: Svenja Schöneich

Redaktion: Nikola Klein

Zitievorschlag: Schöneich, S., 2025, Rohstoffpartnerschaften und was ihnen (noch) fehlt. Herausforderungen für eine Kooperation auf Augenhöhe, www.germanwatch.org/de/93369.

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter: www.germanwatch.org/de/93369

Dezember 2025

Herausgeber: Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn
Tel. +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19
Internet: www.germanwatch.org

Büro Berlin

Stresemannstr. 72
D-10963 Berlin
Tel. +49 (0)30 / 5771 328-0, Fax -11
E-Mail: info@germanwatch.org

Dieses Projekt wurde gefördert durch das Umweltbundesamt und das Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit. Die Mittelbereitstellung erfolgt auf Beschluss des Deutschen Bundestages.



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit



Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt allein bei Germanwatch.